

Sitzungsperiode 2022-2023  
Sitzung des Ausschusses IV vom 5. April 2023

---

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 1300 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Long-Covid-Angeboten**

Die Folgen der Covid-Krise sind auch heute noch und unabhängig von den glücklicherweise erfolgten Lockerungen spürbar.

Abgesehen von Nebenwirkungen nach Impfungen belasten auch direkte Folgen der Krankheit viele Menschen auf unterschiedliche Weise.

Long COVID ist der Oberbegriff für gesundheitliche Langzeitfolgen, die nach einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorhanden sein können. Der Begriff „Long COVID“ umfasst Symptome, die mehr als vier Wochen nach Ansteckung mit dem Coronavirus fortbestehen, sich verschlechtern oder neu auftreten. Beschwerden, die noch nach drei Monaten bestehen und mindestens zwei Monate lang anhalten oder wiederkehren, werden als Post-COVID-Syndrom bezeichnet.<sup>1</sup>

Hierzu meine Fragen:

1. Welche Angebote gibt es auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Long-Covid Betroffene PatientInnen?
2. Können diese Angebote als ausreichend und zufriedenstellend eingeschätzt werden?

- **Frage Nr. 1301 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Pflegefamilien**

„Pflegefamiliendienst der DG sucht Paten und Pflegefamilien“<sup>2</sup>; „die DG sucht Pflegeeltern“<sup>3</sup> oder „Pflegeeltern in der DG dringend gesucht“<sup>4</sup> sind Schlagzeilen aus der ostbelgischen Medienlandschaft, die seit Jahren auf den unverändert hohen Bedarf an Familien aufmerksam machen, Kindern und Jugendlichen ein Zuhause zu geben.

Dass Meldungen aus den Jahren 2011 bis heute nicht abreißen, macht deutlich, dass Ostbelgien von einer befriedigenden Situation nach wie vor entfernt ist.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/basisinformationen/long-covid-langzeitfolgen-von-covid-19/#c15859>

<sup>2</sup> <https://www.grenzecho.net/83189/artikel/2022-12-06/pflegefamiliendienst-der-dg-sucht-paten-und-pflegefamilien>

<sup>3</sup> <https://ostbelgiendirekt.be/sie-kinder-gutes-die-dg-40932>

<sup>4</sup> <https://brf.be/regional/902499/>

Hierzu meine Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung den Bedarf an Pflegefamilien im Verhältnis zur Zahl der Kinder ein, die potenziell für eine Vermittlung in Frage kommen?
2. Woran scheitert es, dass es in Ostbelgien über Jahre nicht genügend Pflegefamilien gibt?
3. Gibt es sog. „best practice“ Beispiele aus anderen ländlichen Gegenden in der EU, denen wir folgen sollten?

• **Frage Nr. 1302 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Demenzdorf**

In der vergangenen Woche besuchte unser Ausschuss für Soziales und Gesundheit das Seniorenzentrum der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Stolberg/Mausbach. Im Mittelpunkt unseres Interesses stand das Angebot für Menschen mit Demenz.

Das Seniorenzentrum mitten in der Natur am Fuße des Nationalparks Eifel ermöglicht Menschen mit Demenz ein selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft.

Die individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit der Bewohner stehen dabei im Mittelpunkt. Den stützenden Rahmen bildet die Teilnahme – aktiv oder wahrnehmend – an Alltagstätigkeiten. So entsteht ein Lebensraum, der Schutz, Hilfe und Freiheit gewährt.

Aus der Erfahrung heraus, dass der demente Bewohner klassischer Altenhilfeeinrichtungen oftmals allein durch räumliche Strukturen eingeschränkt wird, entstand für das Projekt ein neuer Entwurfsgedanke.

Auf einem weitläufigen und naturnahen Gelände befinden sich eingeschossige Gebäude mit einem Dorfplatz als Zentrum. Dort befinden sich ein Werkhof mit verschiedenen Räumen, Atrium und Anschluss an eine Gärtnerei sowie eine Schneiderei, ein "kleines Lädchen" und ein Andachtsraum. Weiter sind hier das Wellness-Pflegebad, die Wäscherei und die Verwaltung untergebracht. Dieser Platz ist Ort der Aktivität und Orientierung, hier strukturiert sich rhythmisch der Tages-, Wochen- und Jahresverlauf.<sup>5</sup>

Eine vergleichbare Einrichtung fehlt derzeit in Ostbelgien!

Hierzu meine Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung den Bedarf an vergleichbaren Einrichtungen hier in Ostbelgien ein?
2. Gibt es Pläne von öffentlichen oder privaten Trägern, eine solche Einrichtung in Ostbelgien entstehen zu lassen?

• **Frage Nr. 1303 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien**

Obdach- und Wohnungslosigkeit ist ein weitverbreitetes Phänomen. Da bildet auch die Deutschsprachige Gemeinschaft keine Ausnahme. Vor diesem Hintergrund ist in den vergangenen Monaten erstmals auch in Ostbelgien eine Zählung von betroffenen Menschen durchgeführt worden. Nun liegen die Resultate vor. Sie verdeutlichen: Ostbelgien ist beileibe keine Insel, titelte die lokale Presse in Ostbelgien.

Insgesamt 192 Menschen seien in Ostbelgien von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen. Das gehe aus aktuellen Zahlen einer großangelegten Studie hervor, die mit der Unterstützung der König Baudouin Stiftung (KBS), von Forschenden der Universitäten in Löwen und Neu-Löwen ermittelt wurden. Um die Erhebung Wirklichkeit werden zu lassen,

---

<sup>5</sup> <https://www.awo-sz-suessendell.de/bei-uns-leben/unsere-einrichtung>

waren die Wissenschaftler auf das Know-how von 22 verschiedenen Organisationen aus der DG angewiesen. So seien etwa die ÖSHZ intensiv in die Zählung eingebunden gewesen.<sup>6</sup>

Minister Antoniadis stellte die Ergebnisse in der letzten Woche der Presse vor.

Im Rahmen einer von mir im März 2020 gestellten schriftlichen Frage zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien erklärte der Minister, dass es zum damaligen Zeitpunkt keine Obdachlosen in Ostbelgien gäbe<sup>7</sup>.

Am 21. April 2021 stellte ich zum gleichen Thema eine mündliche Frage<sup>8</sup>, worauf der Minister weiterhin versicherte, dass es laut Angaben der Verwaltungen der neun Gemeinden „bis zum heutigen Tag, keine bekannten Fälle von Obdachlosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ gäbe.

Hierzu meine Fragen:

1. Wie erklärt die Regierung diese dramatische Entwicklung in nur zwei Jahren?
2. Hat die Regierung diese Studie bereits dem Parlament zugestellt?
3. Was gedenkt die DG-Regierung hinsichtlich des Studienergebnisses zu unternehmen?

• **Frage Nr. 1304 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Zählung von Wohnungs- und Obdachlosen durch die KBS**

Am 30. März veröffentlichte die König-Baudouin-Stiftung die Ergebnisse ihrer Zählung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, welche Sie in Zusammenarbeit mit der UCLouvain durchgeführt und ausgewertet hat. Das insgesamt 65 Seiten umfassende Dokument<sup>9</sup> liefert eine detaillierte Schilderung der aktuellen Situation in Ostbelgien. Es bestätigt, dass Ostbelgien keine Ausnahme in dieser Hinsicht ist. Insgesamt zählt die Studie 192 Personen in einer prekären Wohnsituation in Ostbelgien. Fünf von ihnen haben buchstäblich kein Dach über dem Kopf und leben im öffentlichen Raum.

Ein Großteil der Betroffenen hingegen kommt bei Freunden oder Verwandten unter, ein anderer Teil der erfassten Bevölkerung lebt in einer sogenannten „unkonventionellen Unterkunft“. Also in Zelten, Garagen oder sonstigen Infrastrukturen, die zumindest ein wenig Schutz bieten. Besonders besorgniserregend ist die Zahl der betroffenen Kinder, auch wenn diese nicht unbedingt derselben prekären Situation ausgeliefert sind wie ihre Eltern. Ganze 31 Kinder wurden in der Zählung erfasst.

Die erhobenen Zahlen schaffen endlich Klarheit über die Situation in Ostbelgien und müssen unbedingt im politischen Prozess berücksichtigt werden. Eine weitere Aufarbeitung des Zahlenmaterials und Erforschung dieses Phänomens in Ostbelgien sind wünschenswert.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Welche Schlüsse zieht die Regierung aus dieser Untersuchung?
2. Wie schätzt die Regierung das aktuelle Unterstützungsangebot ein?
3. Welche weiteren Schritte zur Erforschung dieses Phänomens zieht die Regierung in Betracht?

---

<sup>6</sup> <https://www.grenzecho.net/88276/artikel/2023-03-31/192-wohnungslose-menschen-der-dg>

<sup>7</sup> Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 5 (5.3.2020), S. 52ff

<sup>8</sup> Vgl. mündliche Frage vom 21.4.2021 (Nr. 632) von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien

<sup>9</sup> [https://cdn.uclouvain.be/groups/cms-editors-cirtes/rapports-de-recherche/Z%C3%A4hlung%202022%20Bericht\\_Obdachlosigkeit\\_Ostbelgien\\_Final.pdf](https://cdn.uclouvain.be/groups/cms-editors-cirtes/rapports-de-recherche/Z%C3%A4hlung%202022%20Bericht_Obdachlosigkeit_Ostbelgien_Final.pdf)

• **Frage Nr. 1305 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Obdach- und Wohnungslosigkeit in der DG**

In Ostbelgien wurde erstmals eine Zählung zur Obdach- und Wohnungslosigkeit erhoben, die Resultate liegen nun vor und diese verdeutlichen, dass Ostbelgien keine Insel ist.<sup>10</sup>

In Ostbelgien gibt es 192 obdach- oder wohnungslose Menschen.

Um die Daten erheben zu können, wurden 22 verschiedene Organisationen aus der DG hinzugezogen, darunter auch unsere ÖSHZ.

Die Erhebung basiert auf der europaweit anerkannten ETHOS-Typologie, die vier Formen der Wohnungslosigkeit unterscheidet : Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit, ungesichertes Wohnen und prekäre Wohnungsversorgung.

So gibt es in Ostbelgien, 5 Personen, die im klassischen Sinn obdachlos sind und im öffentlichen Raum leben.

Der größte Teil der erfassten Personen, etwa ein Drittel, lebt bei Freunden und Verwandten.

Unter den Betroffenen findet man 60 % Männer und 40 % Frauen. Geographisch verteilt sich das Problem zu zwei Dritteln im Norden und einem Drittel im Süden der DG.

Wenn bei 74 % der Betroffenen, zumindest teilweise die Ursachen ausgemacht werden können, so haben 26 % keine Gesundheitsprobleme.

Hier muss intensiv Ursachenforschung betrieben werden um die Hintergründe zu verstehen um den Problemen entgegenzuwirken, wobei die drei großen Eingangstüren für Obdachlosigkeit : Jugendhilfe, Gefängnis und häusliche Gewalt ausgemacht werden konnten.

Ich zitiere aus dem GrenzEcho : Vor allem die Zahl der geistigen Gesundheitsprobleme sei im nationalen Vergleich „relativ hoch“. Dies zeige sich vordergründig bei Personen, die mehr als ein Jahr obdach- oder wohnungslos seien. „Da ist die Prekarität erhöht, weil viele Probleme zusammenkommen“.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Wie erklären Sie sich die "relativ hohe" Zahl der Menschen mit geistigen Gesundheitsproblemen im nationalen Vergleich, die von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen sind ?
2. Welche Lösungsansätze sehen Sie hier ?

• **Frage Nr. 1306 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Minister ANTONIADIS zum belgischen Alkoholplan**

Nach 15 Jahren Vorbereitung hat die interministerielle Konferenz der Gesundheitsminister einen belgienweiten Alkoholplan beschlossen. Dieser enthält 75 Maßnahmen, die bis 2025 umgesetzt werden sollen. Neben zahlreichen positiven Bewertungen hat der Plan allerdings auch Kritik hervorgerufen, weil die Maßnahmen unzureichend seien.

Der Plan betrifft ebenfalls die Zuständigkeiten unserer Gemeinschaft, in der schon seit vielen Jahren wichtige Arbeit im Bereich der Suchtvorbeugung geleistet wird. Er dürfte insbesondere auf die Tätigkeiten und Projekte der ASL einen konkreten Einfluss haben.

Dazu meine Fragen:

---

<sup>10</sup> <https://www.grenzecho.net/88276/artikel/2023-03-31/192-wohnungslose-1-menschen-der-dg>

1. Wie bewertet die Regierung das Ergebnis der Verhandlungen, die zum Alkoholplan führten?
2. Welche Maßnahmen des Plans fallen in den Zuständigkeitsbereich der DG?
3. Gibt es für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen bereits einen konkreten Zeitplan?

- **Frage Nr. 1307 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema „Qualifizierte Hilfskräfte sollen Pflegeaufgaben übernehmen“**

Der BRF berichtete am 24. März 2023 vom Vorhaben unseres föderalen Gesundheitsministers Vandenbroucke, künftig qualifizierte Hilfskräfte für einfache Pflegeaufgaben einzusetzen.<sup>11</sup>

Ein Gesetzesvorschlag wurde am letzten Freitag unterbreitet.<sup>12</sup>

Demnach soll für Hilfskräfte ein juristischer Rahmen geschaffen werden, der es unter anderem Mitarbeitern in Pflegeeinrichtungen, Kinderkrippen, Schulen, Familienhilfe oder Jugendbewegung erlaubt, Pflegeaufgaben durchzuführen.

Die Ausbildung zur qualifizierten Hilfskraft wird seit Jahren vom Unterrichtswesen, dem Jugend- und Sportsektor sowie von Patientenverbänden gefordert.

Die Vivant-Fraktion begrüßt generell jeden Versuch Abhilfe im Pflegesektor zu schaffen.

Meine Frage an Sie:

Welchen Einfluss hat diese Gesetzesänderung auf unsere WPZS, wissend, dass es seit 2019 eine Zusatzausbildung für Pflegehelfer für zusätzliche Pflgetätigkeiten an der AHS gibt ?

- **Frage Nr. 1308 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Brustkrebsbehandlung in Ostbelgien**

„Vandenbroucke nimmt nicht anerkannte Brustkrebszentren ins Visier“. Dies ist der Titel eines Artikels, der am 16.3.2023 im Grenzecho veröffentlicht wurde. In Belgien erkrankt durchschnittlich eine von 7 Frauen an Brustkrebs. Brustkrebs ist mit etwa 13% aller Diagnosen immer noch die häufigste Krebserkrankung in der Europäischen Union.

In einer durch des Kompetenzzentrums für Gesundheitswesen (KCL) durchgeführten Studie wird angemahnt, dass Patienten, die sich in einem nicht anerkannten Brustkrebszentrum behandeln lassen, ein beunruhigend höheres Risiko tragen-, wir sprechen von immerhin 30%, an den Folgen dieser Erkrankung zu sterben.

Auf Basis dieser KCL-Recherche kündigte Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke umgehende Reformen an. Laut seiner Aussagen sollen die Erstellung eines Behandlungsplans und chirurgische Eingriffe für Brustkrebs nur dann noch erstattet werden, wenn sie in einer akkreditierten Brustklinik durchgeführt werden.

Dies hätte zur Folge, dass die Menschen aus Ostbelgien im St. Nikolaus Hospital Eupen und in der Klinik Sankt Josef St. Vith, nur die Folgebehandlungen wie Chemo- oder Strahlentherapie in Absprache mit einer akkreditierten Brustklinik in Anspruch nehmen dürfen.

Für die ostbelgischen Patienten/Patientinnen ist neben einer qualitativ hochwertigen Behandlung auch die Zugänglichkeit zu einer Brustkrebsbehandlung in deutscher Sprache von größter Wichtigkeit.

---

<sup>11</sup> <https://brf.be/national/1703778/>

<sup>12</sup> <https://news.belgium.be/fr/cadre-reglementaire-pour-les-aidants-qualifies>

Laut Grenzecho gab es zu diesem Thema ein Arbeitstreffen zwischen Ihnen Herr Minister Antoniadis und den beiden Kliniken. Drei mögliche Pisten wurden erörtert. Erstens, eine engere Zusammenarbeit der beiden Kliniken Eupen und St. Vith. Zweitens, eine engere Zusammenarbeit mit den Netzwerken CHC/CHU und drittens, die „Ostbelgien Regelung“.

In diesem Zeitungsartikel bemängeln Sie, sehr geehrter Herr Minister, dass die Anzahl der behandelten Fälle in einem Krankenhaus einen Einfluss auf die von der KCL durchgeführte Expertise hatte und dies nicht unbedingt die reale Qualität der Behandlungen widerspiegeln. Sie versprochen für dieses sensible Thema bei Minister Vandenbroucke zu intervenieren.

Hierzu meine Fragen:

1. Welche Fragen werden Sie bei Ihrer Intervention Herrn Minister Vandenbroucke stellen?
2. Gibt es Hoffnung im Rahmen der Ostbelgien Regelung, dass Kliniken aus dem benachbarten Ausland eine in Belgien gültige Aggregation für die Brustkrebsbehandlung erhalten?